

So erbittert wird in den sozialen Medien gekämpft

von Silvana Schreier - Bereits vier Monate vor dem Abstimmungstermin tobt auf Social Media ein heftiger Streit über die No-Billag-Initiative. Das könnte den Gegnern in die Hände spielen, glaubt ein Politberater.



¹ Politologe Louis Perron: «Dass Initiativen kurz nach ihrer Lancierung hohe Wellen schlagen, ist üblich. Aber ich kann mich an keine vergleichbare Abstimmung erinnern, deren Abstimmungskampf so früh begonnen hat.»

Bis wir über die No-Billag-Initiative abstimmen, die die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren fordert, dauert es noch 124 Tage. Die Debatte aber läuft schon jetzt, vier Monate vor der Abstimmung, auf Facebook und Twitter auf Hochtouren. Zahlreiche Politiker, Medienvertreter, Medienprofessoren und Bürger liefern sich einen heftigen Schlagabtausch.

Die Befürworter

Politiker:

«Sehr gut! Zerschlägt den Staatssender SRG an der Urne!», twitterte etwa der

Zürcher SVP-Kantonsrat Claudio Schmid. Und zur Gebührensenkung schreibt er:
«Linke Staatspropaganda ist bald günstiger zu haben.»



Für SVP-Nationalrätin Natalie Rickli stehen die Einnahmen der SRG aus den Radio- und Fernsehgebühren im Zentrum.



«Mann, müssen die verzweifelt sein», schreibt SVP-Nationalrat Claudio Zanetti zu einem Screenshot eines «NZZ am Sonntag»-Artikels. Darin wird die Existenzangst der SRG-Mitarbeitenden thematisiert, die sich nun hilfesuchend an Bundesrätin Doris Leuthard wenden würden.

NZZ am Sonntag

«Leuthard ist unsere letzte Hoffnung»

Die SRG-Mitarbeiter plagt wegen der hohen Resonanz von «No Billag» Existenzangst. Ihren Chefs werfen sie Versagen vor. Nun müsse die Medienministerin die SRG retten

von Francesco Benini | 28.10.2017



Werbung in eigener Sache: Fernsehchef Rudolf Matter (Mitte) sucht in der Sendung «Hallo SRF» den Kontakt zum Publikum (13.10.2017). (Bild: Gian Vaitl)

Claudio Zanetti
@zac1967

Mann, müssen die verzweifelt sein... #NoBillag

22.35 - 28. Okt. 2017

13 20 46

Medienvertreter:

Giuseppe Scaglione, einstiger Gründer des Schweizer Jugendsenders Radio 105, schreibt auf Facebook: «Ehrlich gesagt, bin ich auch nicht happy darüber, dass wir nun über eine Alles-oder-nichts-Lösung zu befinden haben.» Das sei jedoch der Arroganz der SRG-Spitze und gewisser Politiker zu verdanken, die eben keine Diskussion über den Service public zulassen würden und nun in fahrlässiger Weise Roulette spielten.



Ich finde die ganze No-Billag-Diskussion äusserst interessant. Man versucht, etwas zu rechtfertigen, was eigentlich schon lange nicht mehr zu rechtfertigen ist. Es wird viel von Gemeinschaft und Solidarität gesprochen. Und davon, wie wichtig eine subventionierte journalistische Grundversorgung für das Funktionieren der Demokratie sei. Man vergleicht die SRG (und somit ein Medienhaus) mit Krankenkassen, Spitälern, Schulen, Polizei, Strassen etc. und argumentiert damit, dass wir ja diese öffentlichen Infrastrukturen auch alle mitbezahlen (ohne dass wir sie immer zwingend nutzen würden). Dieser Vergleich ist natürlich völlig absurd. Das mit dem Service Public ist nämlich so eine Sache. Der Begriff existiert rechtlich eigentlich gar nicht. So taucht er z.B. auch nicht im Radio- und TV-Artikel der Bundesverfassung auf. Früher umfasste dieser Begriff in erster Linie die Infrastrukturleistungen der staatlichen Monopolbetriebe wie Post, Bahn, Telefon, Strom. Irgendwann hat dann die Politik Radio und TV auch dazu gezählt. Definiert wurde der Service Public bei Radio und TV hingegen nie genauer. Jeder versteht etwas anderes darunter. Die SRG verstand in den letzten 20 Jahren alles, was sie machte, als Service Public (also auch Sendungen, die viele hier als Schrott und eben nicht als

qualitativ wertvoll bezeichnen würden). All dies, ohne Rücksicht auf private Anbieter zu nehmen (was gemäss Verfassung gar nicht erlaubt wäre). Ich selber war damals betroffen, als mein Radio 105 mit dem SRG-Sender Virus frontal angegriffen wurde. Heute umfasst das Angebot der SRG 17 Radiosender und 7 TV-Stationen. Alles unter dem Begriff Service Public. Das Absurde daran: Der Service Public ist keine politisch definierte Grundversorgung, sondern umgekehrt: Die Vollversorgung der SRG wird zum Service public erklärt. Die Rechtfertigung wird jedoch immer schwieriger. Früher argumentierte man noch technisch (Frequenzknappheit). Das ist heute natürlich kein Argument mehr. In anderen Bereichen wird der Service Public zur politisch festgelegten öffentlichen Dienstleistung – wer sie erbringt, ist sekundär. Nicht so bei Radio und TV. Da hat man ein einzelnes Unternehmen herausgepickt und ihm die Service Public Rolle übertragen. Die (kleinen) privaten Anbieter hat man mit ins Boot geholt und sie ruhig gestellt, indem man sie mit ein paar Brosamen auch an den Gebühren partizipieren lässt. 95% für die SRG, 5% für ein paar private Anbieter in Berg- und Randregionen. Fair? Kaum. Vor Jahren hatte ich einmal vom renommierten (und inzwischen leider verstorbenen) Medienrechtsprofessor Dr. Wolfgang Larese ein Gutachten zum Thema Service Public erstellen lassen. Sein Fazit war klar: "Inhalt des Service Public ist in der Schweiz die Möglichkeit, jederzeit und überall Programme in den drei (bzw. vier) Landessprachen abrufen zu können, welche ein Minimum an Information, an kulturellen Sendungen und an Unterhaltung enthalten. Nicht von Bedeutung ist, ob jedermann die Programme auch abrufen will. Will sich eine grosse Gruppe von Bürgern anders informieren lassen, z.B. über Zeitungen oder über Internet, so ist dies für die Tatsache des Service Public irrelevant". Mit anderen Worten: Es hätte für die Erfüllung des Service Public je 1 Radio- und 1 TV-Sender pro Sprachregion genügt. Die Grundversorgung wurde nur als Vorwand genommen, um die Position der SRG ständig auf Kosten der Privaten auszubauen. Oder warum wohl gab es kein Radio Virus, Musigwälle oder SRF Info in der Westschweiz und im Tessin? Weil dort die privaten Gegenspieler fehlen. Die SRG hat die letzten Jahre durch ihren Expansions- und Machthunger die Privaten an die Wand gedrückt oder zumindest möglichst klein gehalten. Das hätte anders laufen können. Es muss doch zu denken geben, dass ausländische TV-Anbieter in der Schweiz Marktanteile von bis zu 65% holen. Im Radiobereich hat die SRG einen Marktanteil von 65%. Den Radiomarkt konnte man aufgrund der Frequenzen/Konzessionen noch besser gegen private Konkurrenz abschotten als dies (dank Kabelnetz und Sat-Schüsseln) im TV-Bereich der Fall war. Leider ist in der Schweiz nie ein echter, privater Medienmarkt entstanden. Und daran ist die SRG (und die ihr behilflichen Politiker) sicher nicht unschuldig. In der aktuellen Diskussion wird die Rolle der SRG für das Funktionieren der Demokratie masslos überschätzt. Ja, freie Medien sind für die Demokratie wichtig. Dazu gehören aber auch andere Medien wie eine NZZ, Watson, TeleZüri. Alle hier aufgezählten Medien erhalten aber zur Gewährleistung der Demokratie auch keine Gebühren. Ehrlich gesagt, bin ich auch nicht happy darüber, dass wir nun über eine "Alles-Oder-Nichts"-Lösung zu befinden haben. Dies ist jedoch der Arroganz der SRG-Spitze und gewisser Politiker zu verdanken, die eben keine Diskussion über den Service Public zulassen wollten und nun in fahrlässiger Weise Roulette spielen. Die SRG und ihre wichtigsten Schutzherren (Bundesrat, SP und CVP) liessen in den letzten Jahren jegliches strategisches Geschick vermissen. Statt die Kritiker zu besänftigen, provozierte die SRG die Verleger mit ihrer Werbevermarktungsfirma Admeira. Man hätte der No-Billag-Initiative auch einen vernünftigen Gegenvorschlag entgegensetzen können (und müssen). Der Tagi brachte es mal auf den Punkt: "So viel Ideenlosigkeit zeugt entweder von Arroganz oder von politischer Grobfahrlässigkeit". Nun ist der Ball also bei der Bevölkerung. Sie wird zum ersten Mal in der Geschichte über dieses Thema abstimmen können. So schlecht ist das nicht. Wenn sich die Mehrheit eine Grundversorgung wünscht und bereit ist, dafür zu bezahlen, ist die Legitimation der Gebührenpflicht und die Akzeptanz der SRG auch weiterhin gegeben. Wenn nicht, muss sich die SRG ein neues Finanzierungsmodell überlegen.

#nobillag Paola Libera Gregor Rutz Natalie Rickli Christian Wasserfallen Lukas Reimann Nationalrat Roger Köppel Roger Köppel

👍 228 💬 17 ➡ 146

«Weltwoche»-Journalist Florian Schwab äusserte sich in den vergangenen Wochen mehrmals auf Twitter zur No-Billag-Initiative. Mit seiner Kritik an der SRG hält er nicht zurück: «Könnt ihr mir sagen, wann das SRF das letzte Mal einen Skandal in der Verwaltung aufgedeckt hat?»



Die Gegner

SRF-Journalisten:

Der «Tagesschau»-Redaktionsleiter Urs Leuthard reagiert auf Twitter auf No-Billag-Kommentare von den Befürwortern der Initiative. Auf Claudio Zanettis Tweet «Mann, müssen die verzweifelt sein» antwortet er: «Existenzangst? Ach was. Wir arbeiten einfach verdammt gerne für eine an sachlicher Information interessierte Öffentlichkeit.»



Auch Mike Müller setzt sich für ein Nein zur No-Billag-Initiative ein. Als «Weltwoche»-Journalist Florian Schwab erklärt, dass «No Billag» nicht gleich «No SRG» sei, antwortet Müller: «Dazu müsste man den Initiativtext lesen.»



Susanne Wille, «10 vor 10»-Moderatorin, widmet dem Thema #NoBillag einen langen Facebook-Post. Darin fragt sie: «Darf ich das, was ich jetzt tue?»



SRG-Mediensprecher Edi Estermann beantwortet Susanne Willes Frage: «Viele SRG-Mitarbeitende wollen angesichts der Fragen, mit denen sie konfrontiert werden, nicht einfach schweigen. Deshalb sollen sie sich auch in den sozialen Medien zu diesem Thema einbringen dürfen.» Die Mitarbeitenden seien schliesslich auch Staatsbürger. «Ihre aktive Beteiligung kann sich zudem positiv auf die Meinungsbildung und die Diskussionskultur auswirken», sagt Estermann auf Anfrage. Dennoch würden weiterhin die Social-Media-Guidelines der SRG gelten.

Medienprofessoren:

Vinzenz Wyss, ein bekennender Befürworter der Billag-Gebühren und der SRG, beteiligt sich aktiv an der Debatte über die Radio- und Fernsehgebühren. Der Medienprofessor der ZHAW fragt sich auf Twitter, wie die Lösung ohne Billag aussehen könnte. Und: «Ist es das, was die direkte Demokratie zu bieten hat?»



Ebenfalls pro Billag ist der Medienprofessor Manuel Puppis von der Universität Freiburg. Er reagiert, als die Chefredaktorin des Magazins «Edito», Nina Fargahi, twittert: «Gehört: <Ich bin gegen die Fernseh-Gebühren. Die Tagesschau kann ich schliesslich auch online schauen.>» Puppis antwortet auf diesen Tweet: «Verrückt, was es in diesem Internet alles gratis gibt.»



Analyse

Der Politologe Louis Perron weiss, warum die Debatte über die No-Billag-Initiative bereits jetzt, vier Monate vor Abstimmungstermin, beginnt: «Abstimmungskämpfe sind eine Konversation zwischen den Medien, den Politikern und den Stimmbürgern. Bei dieser Vorlage haben wir eine spezielle Ausgangslage: Alle drei Gruppen sind direkt und persönlich betroffen.» Das mache das Thema emotional. Darum sei die Debatte bereits kurz nach dem letzten Abstimmungstermin im September los gegangen. Perron: «Es kommt gelegentlich vor, dass Initiativen bereits bei der Lancierung hohe Wellen schlagen. Dass der eigentliche Abstimmungskampf bereits Monate vor dem Urnengang so emotional geführt wird, ist aber eher ungewöhnlich.»

Aber: «Der Abstimmungskampf findet zurzeit mehrheitlich in den sozialen Medien statt», sagt Perron. Es würden sich bis jetzt vor allem Politiker und Journalisten äussern. Noch sei die Diskussion nicht bei der Mehrheit der Stimmbürger angekommen. Perron: «Die Intensität des Abstimmungskampfes wird sicher noch stärker.» Der Politologe schätzt, dass über Weihnachten und Neujahr etwas Ruhe einkehren wird, sodass im Januar eine zweite Phase der Debatte beginnen könne. Dann auf allen Kanälen, wie etwa auf Plakaten.

So wie die Debatte zurzeit abläuft, spielt das den No-Billag-Gegnern in die Hände: «Grundsätzlich haben die Befürworter von <No Billag> Interesse an einer kurzen und emotionalen Kampagne. Die Gegner von <No Billag> hingegen brauchen Zeit, um die Debatte nach den ersten Emotionen wieder zu versachlichen.» Noch sei also nichts entschieden. Nichtsdestotrotz: «Es komme immer wieder vor, dass sich Abstimmungen während der letzten paar Wochen entscheiden», sagt Perron. Es könne sein, dass die Debatte nach der Weihnachtspause mit einer anderen Dynamik fortgesetzt werde.

Im Abstimmungskampf zeigen sich laut Perron die klassischen Fronten von links gegen rechts. «Die SVP ist seit einiger Zeit kritisch gegenüber der Billag. Im Parlament war die SVP-Fraktion aber nicht geschlossen für die Initiative», sagt der Politologe. Auch bei den Linken zeigt sich Uneinigkeit. Die SP-Ständerätin Anita Fetz ist nicht zufrieden mit dem SRG-Programm: Die SRG vergesse, dass 75 Prozent der Gebührenzahler aus dem städtischen Raum stammten, hat sie laut «Tagesanzeiger» bereits vor einigen Jahren geklagt. Das Programm der SRG-Sender entspreche aber einer «Reduit-Schweiz». Fetz ist gegen die Fixierung des SRF auf Schwinger, Jasser, Berge, Bauern und Volksmusik, da sich ein Grossteil der Bevölkerung damit nicht identifiziere.

Korrigendum: In einer früheren Version dieses Artikels schrieb 20 Minuten, Urs Leuthard sei «Tagesschau»-Moderator. Richtig wäre gewesen: Er ist «Tagesschau»-Redaktionsleiter.